

Nebrer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Geschäftsstelle in Nebra: Fran Kaufmann Reis, Markt 34/35.
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1,- RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Hofleben.
Druck-Verlag und Briefadresse: Sauerjche Buchdruckerei, Hofleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Fran Kaufmann Reis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Hofleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 8 Pf., die 60 mm breite Millimeterzeile im Reflektiert 20 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostamt Nebra — Bantenerer Aetern.

Nr 34

Sonnabend, den 19. März 1932.

45. Jahrgang

Polizeiaktion gegen NSDAP

Eine Erklärung des preussischen Innenministeriums.

Berlin, 18. März.
Der preussische Minister des Innern teilt mit: Die polizeilichen Feststellungen im Gesamtgebiet des Freistaats Preußen haben ergeben, daß am Wahltage die sogenannten SA-Formationen der NSDAP in Alarmbereitschaft standen. Die Anwendung dieser Maßnahmen war von der Münchener Befehlshaber ergangen. Die vielfachen Feststellungen der Polizei in fast allen Gebieten des preussischen Ostens und Nordens lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß „Söldner“ in den Vorbereitungen lag und mit dem Temperament einzelner dristlicher Führer nicht erfüllt werden kann. Sie waren auch nicht erst am Tage der Präsidentenwahl angeordnet, sondern schon vor längerer Zeit getroffen.

Im Kreise Oldenburg in Holstein
mar den Angehörigen der SA. aufgegeben worden, sich am 12. März für längere Zeit mit Proviant zu versehen. Der Grund für diese Anordnung war die Ansicht, die SA-Leute auf Kraftwagen nach Berlin zu transportieren. An die gleiche Richtung weisen die Feststellungen

in Mandeb., nach denen in den letzten Tagen vor der Wahl die SA-Kommandos das den Endvertrahen Quartier gemacht haben für das bevorstehende Zusammenziehen größerer SA-Formationen. Überall sind denn auch am Wahltage im südlichen Holstein Zusammenziehungen der SA. in größeren Trupps beobachtet worden. Wie ernst es der SA-Leitung mit ihren Plänen gewesen ist, beweisen die Mitteilungen, die unter anderem

im Kreise Süd-Löndern (Schleswig)
ein SA-Führer in einer vertraulichen Führerbesprechung gemacht hat. Dieser Führer wies auf die Notwendigkeit schleuniger Auffstellung von SA-Reserveeinheiten, da ja nun die aktive SA. vom Lande fortgezogen werden müßte.

Denn die aktive SA. müßte den zur Nacht gekommenen Säulen in den Grenzgebieten unterliegen, da dort die Polizeikräfte nicht ausreichen. Die aktive SA. würde für die Züchtigkeit Gerüst aus den Beständen der Polizei erhalten!

Gleichzeitig mit dieser planmäßigen Zusammenziehung der SA. geht die verstärkte interdiözesane Arbeit in der laudlichen Polizei, um die in ihrer versicherungstrauen Haltung montags zu machen. In Flüchtlingslagern, die angeordnet wurden, forderte die NSDAP. die Polizeibeamten auf, wieder Gummipflaster noch Schutzdecken gegen Nationalsozialisten oder SA-Leute anzuwenden.

In trafen Widerstand zu der vom Führer der NSDAP. sogar beschworenen Verleugnung aller Gewaltpläne stehen auch die gerade in den letzten Tagen bei Angehörigen der SA. gemachten

Waffenfunde.
Am 12. März 1932 ist ein nationalsozialistischer Waffentransport im Kreise Einbe (Hannover) von der Polizei gestellt worden. Auch im Kreise Salzwedel (Altmark) sind bei dem Ortsgruppenführer der NSDAP. Karabiner, Gewehrmunition und ein schweres M.-G. beschlagnahmt worden. In der Nacht vom 13. zum 14. 3. sind im Kreise Einbe (Haveln) verschiedene Trupps von SA-Leuten festgestellt, denen die Polizei mehrere hundert Schutzmunition und Waffengeräte abnahm.

Diese Feststellungen erfahren noch eine besondere Bedeutung durch Aufzeichnungen, die vor einigen Tagen bei Durchsuchungen in Berlin gefunden sind. Nach diesen Plänen wurde eine Einschließung Berlins durch vorher herausgezogene SA-Einheiten mit Unterstützung der im weiteren Umkreise von Berlin in der Provinz zusammengezogenen SA-Formationen vorbereitet und sorgsam betrieben. Auf die gleiche Ansicht deutet auch ein Alarmbefehl der Standorte 149 der SA. im Gaukreis Ostmark (Schneidemühl) hin, der vor einigen Tagen der Polizei in die Hände fiel. Dieser Alarmbefehl ist sehr umfangreich und enthält genaue Anweisungen für den Alarmfall bei innerpolitischen Auseinandersetzungen. Es sind genau ausgearbeitete Mobilisierungspläne, die für ähnlich auch für andere SA-Gruppierungen vorliegen. Zum Transport sind Autos und Lastkraftwagen der Pz. zu benutzen, wo diese nicht ausreichen, sind Lastkraftwagen zu mieten oder zu requirieren. Viehbestände, Kartoffeln und Erbsen sind durch SA-Kommandos sicherzustellen. Bäckereien sind zur Wiederherstellung zu befehlen.

Die Waffen der Landesverteidigung sind von dem Stabsführer zu beschlagnahmen und beim Transport zum Alarmmeldeplatz mitzuführen, wo die Verteilung der Waffen an die SA-Leute erfolgt.

In den Untergrundsorten, die für die einzelnen Sturmbans genau festgelegt und verteilt werden, sollen die Gemeindeführer und Landräger durch Sonder-Kommandos festgesetzt.

Die Fernsprechanlagen und Telefonen besetzt und sämtliche Linien und Abfahrtswege durch Wachen gesichert werden. Selbstverständlich wird auch hier wieder das Vorgehen mit einem gewissen Umfuge durch Kommunisten und Reichsbanner getarnt. Trotzdem wird zugegeben, daß die SA. nicht dazu da ist, die bestehende Ordnung zu schützen. Im Gegenteil, es heißt wörtlich:

„Se mehr die politischen Gegner sich gegenseitig verblühen, desto besser für uns. Jede Schwächung der Gegner, also auch in diesem Falle der Schupo — ist eine Stärkung der NSDAP. Berlin, sind Alarmbefehle gefunden worden, die, wie sich aus dem Text einwandfrei ergibt, für den ersten Wahltag der Reichspräsidentenwahl vorgesehen waren und auf eine Fernleitung von Groß-Berlin abzielten.“

„Aus all diesen Anordnungen, Befehlen und genau ausgearbeiteten Plänen wird man folgern müssen, daß eine große Anzahl der in den SA. und SS. organisierten Mitglieder von dem Ernst der Absicht der Leitung überzeugt sein mußten, in der Zeit der Präsidentenwahl auch mit Gewaltmitteln vorzugehen.“

Ein Rundschreiben vom Februar d. J. des Inspektors der Motorfahrzeuge und -flotten der NSDAP. aus München gibt die Richtlinien und eine genau ausgearbeitete Karte für Reichsrelais, das durch Kraftwagen und Motorräder von Nord- und Mitteldeutschland bis nach München zu organisieren ist. Diese Reichsrelais und die dafür ausgegebenen Richtlinien treten in Kraft, wenn das ausgegebene Stichwort mitgeteilt wird. Das letzte Stichwort hieß:

„Großmutter gefloren Mar.“

Auf dieses Stichwort hin sollten alle die erlassenen Kriegs- und Alarmvorschriften in Kraft treten!

Alle diese Vorbereitungen haben mit Politik, mit staatspolizeilicher Erziehung oder weltanschaulicher Beeinflussung der NSDAP-Anhänger nicht das geringste mehr zu tun. Das sind schließlich Vorbereitungen und Rüstungen für den Bürgerkrieg, die von dem Vorstand, nur für Urtruppen von kommunistischer Seite zu gelten, nicht gedacht werden. Sie sind ein triviales Spiel mit dem Feuer, dem die preussische Staatsregierung nicht länger zusehen wird. Die preussische Regierung ist ebenfalls nicht gefonnen, einen Anmarsch einer Armee anzusehen zu lassen, die nicht nur auf eine Gebietsänderung der Staatsanröße herauszufallen, sondern auch ein händiges Element der Bevölkerung sein muß.

Sausuchungen in ganz Preußen.

Auf Anweisung des preussischen Innenministeriums fanden in ganz Preußen Sausuchungen bei den Geschäftsstellen der NSDAP. durch die Polizeibehörden statt. Anlaß zu dieser Maßnahme gab nach Ansicht von zuständigen Stellen die Vermutung, daß von den Geschäftsstellen der NSDAP. Handlungen vorbereitet wurden, die mit dem Gegeben nicht in Einklang zu bringen sind. Ueber Menge und Art des beschlagnahmten Materials ist vorläufig nichts Bestimmtes zu erfahren.

Was die NSDAP. dazu sagt.

München, 18. März.
Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei erklärt schon jetzt, daß sie alle nur möglichen rechtlichen Maßnahmen sowie die Verwaltungs- und Verfassungslage entgegenwird, um dem unerhörten Vorgehen des preussischen Innenministeriums entgegenzutreten, das geeignet ist, die von der NSDAP. in vorbildlicher Weise gehaltene Ruhe und Ordnung zu gefährden und fälschliche Inanspruchnahme in der Öffentlichkeit er hervorzurufen, wo sie ohne die Maßnahmen der preussischen Polizei nicht vorhanden ist.

Auch im Reichsinnenministerium wurde von nationalsozialistischer Seite sofort schärfster Protest gegen das verfassungswidrige Verhalten der Berliner Polizei eingelegt und das sofortige Eingreifen des Ministers Groener gefordert.

München, 18. März.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. veröffentlichte eine weitere Erklärung zu den preussischen Polizeimaßnahmen. Darin heißt es u. a.:

„Das Vorgehen der preussischen Staatsregierung gegen die NSDAP. ist ein neuer Verstoß, ein Verstoß gegen eine organisatorische Vernichtung der NSDAP. und ihrer Einrichtungen, die SA., SS., Hitler-Jugend usw., zu erreichen, unter der Behauptung, daß die NSDAP. auf gewalttätige Wege sich die politischen Kampfmittel im Staate erkaufen müßte. Die Reichsleitung der NSDAP. erklärt, daß dieser Verstoß, ebenso wie alle bisher unternommenen, an der absolut unbedingten und organisatorisch einwandfrei gesicherten Beschäftigung des Vorgehens der Führer der NSDAP. scheitern wird.“

„Doch Hitler und sämtliche Führer und Unterführer der NSDAP. müssen sie an organisatorisch verantwortlicher Stelle stehen, sie immer wollen und werden das politische Ziel der NSDAP. auf vollkommen verfassungsmäßigem Wege erreichen.“

Uniere Gegner organisieren jetzt unter geradezu lächerlichen, von ihnen selbst konstruierten Vorwänden, auf die im einzelnen noch heute geantwortet werden wird, ein groß angelegtes Bessstreben gegen die NSDAP. Ihre Führer und Gliederungen. Die Behauptung der Abschliff der NSDAP. ist in vollem Umfange einer der Vorwände, auf die gestützt, man glaubt, mechanische Maßnahmen gegen die NSDAP. durchzuführen zu können.“

SPD. gegen Sinaufhebung des Wahlalters.

Zur Frage der Sinaufhebung des Wahlalters in Preußen verlaute, daß die sozialdemokratische Fraktion gegen diesen Gegenentwurf der Reichstagspartei stimmen würde, wenn dieser im Landtag zur Verhandlung kommen sollte.

Damit ist die Verabschiedung des Gesetzesvorwurfs, zu der es einer Zweidrittelmehrheit bedarf, fast auschließlich geworden.

Burgfrieden für die Osterzeit.

Berlin, 18. März.
Am 14. März mitgeteilt: Auf Anregung der Oberbehörden der evangelischen und der katholischen Kirche hat der Reichspräsident eine Verordnung erlassen, durch die, ähnlich wie es für die Wehrdienstzeit im Reflektiert 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostamt Nebra — Bantenerer Aetern.
Am 8. Dezember 1931 geteilt ist, auch für die Osterzeit das innerpolitische Leben beibehalten werden soll.
In der Zeit vom Palmsonntag bis zum Weihen Sonntag mittags 12 Uhr dürfen keine öffentlichen politischen Versammlungen und keine politischen Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel stattfinden. Für die gleiche Zeit ist jede Art der öffentlichen Verbreitung von Plakaten, Flugblättern und Flugzetteln politischen Inhalts verboten. Die Reichsregierung ist nicht gewillt, die in den letzten Wochen beobachtete maßlose Verbreitung durch Flugblätter, die in den Häusern verteilt worden sind, noch weiter zu dulden.
Nach dem bisher geltenden Vorschriften der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausdruckschriften vom 28. März v. J. brauchten nur solche Plakate und Flugblätter politischen Inhalts der Polizei zur vorigen Kenntnis mitgeteilt werden, die an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen angebracht, ausgelegt, verbreitet oder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.
Nunmehr ist diese Vorschrift dahin ergänzt worden, daß die Vorlegung geschieht auf alle Plakate und Flugblätter politischen Inhalts angewandt wird, die in irgendeiner Art, also auch durch Verteilung in den Häusern, öffentlich verbreitet werden.

Unterredung Bosses mit Tardieu.

Genf, 18. März.
Ministerialdirektor Boss hat in einer einseitigfindigen Unterredung dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu noch einmal den deutschen Standpunkt zum französischen Deonaplan ausführlich dargelegt. Die Reichsregierung hält weiter daran fest, daß in baldigen Verhandlungen zwischen den vier europäischen Großmächten die noch bestehenden Gegensätze überwunden und erst dann die Donaupläne gemeinsam mit den fünf Donauländern erörtert werden. Tardieu hat mit großer Offenheit betont, daß die französische Regierung von der Frage der Finanzhilfe entscheidende Bedeutung belege und aus Frankreich eine Finanzanleihe dieser Staaten im Hinblick auf seinen Kapitalmarkt in Frage komme. Die französische Regierung wüßte, daß die Frage der Vorgehensweise allein innerhalb der fünf Donauländer geregelt werden. Sie ist jedoch bereit, in der nächsten Zeit in unmittelbare Verhandlungen mit den vier europäischen Großmächten einzutreten.

Deutsche Tageschau.

Der Reichsbankausweis vom 15. März.
Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. März haben sich die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank um 17,2 Millionen Mark vermindert. Im einzelnen betrug die Goldbestand eine Abnahme von 1,2 Millionen Mark, der Bestand an devisenfähigen Devisen einen Abgang von 14,7 auf 14,7 Millionen Mark. Da sich auf der Notenumlauf verringerte, und zwar um 65,7 auf 4113,2 Millionen Mark ist die Notendeckung mit 24,8 vom Hundert gegenüber der Normhöhe unverändert geblieben.

Elternratswahlen in Preußen.

Die Elternratswahlen sind in Preußen auf den 26. Juni festgelegt worden; bis dahin wurde das Mandat der bestehenden Elternräte verlängert, damit sich die Wahlen nicht allzu sehr häufen. Es hat nicht an Wählern gefehlt, für die Elternratswahlen ein anderes Wahlverfahren einzuführen, das den Bedürfnissen der Schule mehr gerecht würde als das geltende. Doch scheint es, als ob das Unterrichtsministerium nicht die Absicht habe, in diesem Sinne vorzugehen; man ist offenbar der Ansicht, daß sich das bisher übliche Verfahren doch im Ganzen bewährt habe.

Kultusministerium und Oberkirchenrat verhandeln.

Berlin, 18. März. Heute finden im preussischen Kultusministerium Verhandlungen mit dem Oberkirchenrat statt über die Neuverteilung der Einkünfte in den Religionsunterricht. Wie verlautet, wird Kultusminister Grimme persönlich die Verhandlungen leiten.

Zwischenfall im bayrischen Landtag.

Am Ausschussauschluß des bayrischen Landtages ereignete sich bei der Ausprache über die politische Betätigung der Beamten ein Zwischenfall. Nationalsozialisten und sozialdemokratische Abgeordnete wollten beteiligende Sozialdemokraten, die schließlich damit endeten, daß ein sozialdemokratischer und ein nationalsozialistischer Abgeordneter ausstehend festgesetzt, ein nationalsozialistischer Abgeordneter gefangen genommen, wenn die Streikenden nicht von anderen Abgeordneten getrennt worden wären. Die Sitzung wurde wegen des Tumults unterbrochen.

Auslands-Rundschau.

Das deutsch-italienische Handelsabkommen.
Der Minister hat das Handelsabkommen zum deutsch-italienischen Handels- und Schiffsverkehr vom 3. März 1932, ferner

Reichsstädtebund gegen Revision

Im amtlichen Organ des Reichsstädtebundes der Spigenorganisation der kleineren und mittleren Städte, findet sich ein Bericht über die letzte Vorstandssitzung, der in einem Punkte ungewöhnlich aufschlußreich ist. Es heißt da: „Büchlich der Frage über die Revision der Wirtschaftsbetriebe der Gemeinden wurde nach eingehender Ausprache beschlossen, dafür einzutreten, daß die in den einzelnen Ländern und Provinzen bereits geschlossenen Revisionseinstellungen erhalten bleiben und daß diejenigen Unterverbände, die Einrichtungen noch nicht besitzen, schleunigst entweder selbst ausreichende Revisionseinstellungen schaffen oder sich bereits bestehenden Revisionseinstellungen anschließen, damit auch für ihre Mitgliederstädte eine ausreichende Revisionsmöglichkeit baldig gesichert wird. Eine abschließende Stellungnahme zu dem Gesamtproblem wurde in Anbetracht der Notwendigkeit einer weiteren Klärung der grundlegenden Fragen bis zur nächsten Sitzung des Gesamtvorstandes vertagt.“

Die Lage hinsichtlich des Revisionswesens ist zurzeit die, daß sowohl die preussische wie Reichsregierung in Verbindung mit der für die öffentlichen Wirtschaftsprüfer beim Industrie- und Handelsrat errichteten Hauptstelle auf eine einheitliche, unabhängige Revisions-einrichtung für die Prüfung der kommunalen Wirtschaftsbetriebe hinarbeiten. Es ist die Frage, ob die Wirtschaftsprüfung Deutscher Städte u. G. beim Deutschen Städtebund oder der Deutsche Sparkassen-Verband diese Revisions-einrichtung darstellen sollen. Der Reichsstädte-Bund hat sich wieder einmal zu einer Entscheidung nicht entschließen können. Sein Gemeindefiskus überträgt beiderseits der oben wiedergegebene Befehl, daß die Revisions-einrichtung eine einheitliche Revisions-einrichtung sein soll, daß die Revisions-einrichtung der Angelegenheit öffentlich auf der Annahme beruht, die Regierung werde andere Sorgen haben, so daß in absehbarer Zeit Maßnahmen nicht zu erwarten sind.

Wir sind der Meinung, daß, nachdem die kommunalen Spigenverbände sich selbst in der von der Regierung geplanten Form nicht haben einfügen können, diese die Mittel zum Eingreifen hat, will sie sich nicht dem Ergeß der Spigenverbände beugen. Schließlich handelt es sich bei den Gemeindebetrieben um Milliardenwerte aus Mitteln der Steuerzahler, deren ordnungsmäßige Verwaltung zu prüfen, ein hohes öffentliches Interesse vorliegt. Man darf auf die weitere Entwicklung der Dinge mit Recht gespannt sein. Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß die Regierung öffentliche Wirtschaftsprüfer mit der Revision der Gemeinden beauftragt. Diese Möglichkeit wird besonders wahrscheinlich dadurch, daß die Wirtschaftsprüfung Deutscher Städte u. G. bereits als öffentlicher Wirtschaftsprüfer anerkannt ist.

Die Veröffentlichung der Steuerordnungen

Die veranlaßt, beabsichtigt, die preussische Regierung in einer Novelle zum Kommunalabgabengesetz die Frage der Bekanntmachung der Steuerordnungen für ganz Preußen einheitlich zu regeln. Nach dem geltenden Recht ist vorgeschrieben, daß Steuerordnungen in örtlicher Weise bekanntzumachen sind. Was in einzelnen als örtlich gilt, ist oft umstritten, so daß die Verwaltungsgerichte entscheiden müssen. Die Sache ist dadurch klar geworden, daß einzelne Stadterordnungen aus falscher Sparartigkeit die Bekanntmachung in der Ortspresse unterlassen haben. Ob eine Auslegung der Steuerordnung auf dem Rathaus genügt, ist selbst dem preussischen Oberverwaltungsgericht sehr zweifelhaft. Eine Maßnahme zur einheitlichen, die Interessen der Steuerzahler berücksichtigende Regelung erscheint daher sehr zweckmäßig.



Selbstmord Callmans.

George Callman, der Erfinder des Kodak-Apparates und Leiter der Kodak-Werke hat sich in einem Schwermutsanfall erschossen. Er hinterließ einen Zettel mit den Worten: „Die Arbeit ist getan, warum noch weiter?“ Callman, der 77 Jahre alt geworden ist, befaßte sich in jungen Jahren mit der Viehhaberphotographie und erfand ein Verfahren zur Herstellung photographischer Platten. Sein Vermögen wird auf über zwei Milliarden geschätzt.

Mein Ausflug nach den Kanarischen Inseln.

Schon längst war es mein lebhaftester Wunsch, einmal einen Ausflug nach den berühmten Kanarischen Inseln mit dem zwar heißen, aber überaus angenehmen und gesunden Klima zu machen, schon im Altertum unter dem Namen „Fortunatee Inseln“, Glückliche Inseln, berühmt. Beim Beginn der Ferienentschloß ich mich, zunächst meine liebe Erbante in Frankfurt am Main zu besuchen, wo ich freudstrahlend empfangen wurde. Nach einigen Tagen nahm ich Abschied und ein Auto, um nach dem Hauptbahnhof zu eilen.

Dort ohne jeden Unfall angekommen, fand ich am Schalter „nach allen Richtungen“ schon eine Schlange von ungeduldrigen Damen und Herren vor, aber ich laß mich, der große Eifer wegen, gleich hinter dem Ersten bewähren. Als ich eine Fahrkarte 3. Güte nach den Kanarischen Inseln verlangte, sogar gegen sofortige Barzahlung, konnte der Herr Schalterbeamte, nicht etwas verwundert und glotspflötend ansehend, in seiner reichhaltigen Fahrkartenanmeldung keine Karte nach diesen doch weltbekannten Inseln finden. Er empfahl mir dagegen als teilweisen Erlaß seinen weitbesten Kanarienvogel aus Vauerberg im Harz, das konnte ich kein freundliches Anerbieten leider nicht annehmen, da ich schon 'nen Vogel habe! Da die männlich—weibliche Schlange hinter mir immer ungeduldriger wurde, so nahm ich rasch eine Fahrkarte nach Heidelberg! Es war die höchste Zeit! Der Zug wartete schon auf mich!

Die Fahrt durch die herrliche Bergstraße wurde mir noch besonders gewürzt durch die herrliche Unterhaltung mit einem fromden Bubenlopp links und einem schwarzen Bubenlopp rechts. Im Heidelberg jählicher Abschied: „Schüt dich Gott, es war 'n schön gemein!“ Ich überlegte dann, wo ich am besten mein Bismarck aufschlagen konnte. Die Wahl wurde mir, da mir von früher noch viele Stammlate vorüberzogen, nicht leicht. Schließlich kam ich auf den „Roten Ochsen“, der wohl am besten für mich paßte, und wofür ich daher Quartier nahm. In diesen von Studenten fleißig besuchten Lokal hatten diese Jünger der Wissenschaft gerade einen Kommers, wozu ich eingeladen wurde. Am Schluß erhob sich ein Herr Meier (so hieß er, glaube ich, der Name ist so schwer zu behalten) und gab bekannt, er wolle kein vom Ansel geriebene Wert: „Heiraten oder nicht heiraten?“ in Goldschmidt als Preis für das beste Gedicht auf eine Braut (eine wirkliche oder gedachte) stiften und bestimmte gleich drei Freunde als Preisrichter. Kommt! Immer spielen die Wädel die Hauptrolle! Am anderen Morgen, wieder ganz bei Verimmung, behief ich also meinen Bismarck und dichtete in Erinnerung an eine goldblonde schöne Wienerin:

Sie blüht wie eine Blume, mit holdem Anzecht,
Mit himmelblauen Augen, wie ein Bergmeisnisch;
Wie eine Anemone, die aus dem Frühling bringt,
Und wie das liebe Glöckchen, das uns im Mai erklingt;
Wie ein freubergig Weibchen, das im Verborgnen blüht,
Schön wie die Sonnenblume, die auf dem Himmel steht;
Wie eine leuchtende Myrthe, die man zum Brautkranz stift,
Wie eine Pfingstrose, die man zum Baume bricht;
Als gluterfüllte Rose gilt mir ihr Glöckchen mir,
Gleich einer goldenen Krone tracht ihres Sauptes Zier.
Sie ist mit einem Worte — ich sag' es stolz und laut:
Die Schönste aller Blumen, ist meine liebe Braut!

Dieses Gedicht reichte ich dem Preisgericht sofort ein. Die nächsten Tage verbrachte ich mit wiederholten Besuchen des Heidelberger Schlosses mit dem unterirdischen Park, der Mollentur (hier traf ich die beiden Bubenlopp bei Erdbären und Schlangensahne an, diese Ledermäuler!), des Königsplatzes mit dem Aussichtsturm, von wo ein prächtiger Rundblick, auch des Wolfssbrunnens mit den stiftlichen Forellen. Dann kam der Tag, an dem in feierlicher Sitzung die Preisverteilung kundgegeben wurde. Und wer erhielt den Preis? Der Dichter des Liebes: „Mein Schatz wohnt in Amerika! Hahahahahaha!“
Melodie: Nadehly-Waldr.

Stunt sage selbst, lieber Meier und ichone Meierin, ist das gerecht?
Paul Apfelfeldt.

Stadt-Lichtspiele „Preuß. Hof“
Sonntag, den 20. März, abends 8^{1/2} Uhr
der große Prunfilm:
„Samson und Delila“
Feiner:
„Die Flucht über die Grenzen“
Es laßt freudlich ein Borgwardt.

Kantholz-Listen
Kobeldielen • Stabbretter
Schalbretter • Dachlatten
Tischlerbretter in Kiefer u. Fichte
Bayerische und Polnische Kiefer
Zaunsäulen u. -Latten
Thüringer Holzwerke, Roßleben
Gottschalk & Sauer
Fernruf 263 Am Bahnhof

Spare mündelicher Stadt-Sparkasse Nebra a. V.
bei der

KAFFEE HAG
10% billiger!
Das große Paket RM 1.46
Das kleine Paket RM 0.73
Stets frisch bei:
August Oelschig

**Der richtige Weg zur Erlangung
schöner weißer Zähne**
unter gleichzeitiger Beseitigung des häufigsten gefährlichen Zahnelaues
in folgender Weise: Drücken Sie einen Gummiball-Zahnbleich auf die zehnte Oberzahn-Zahnfläche (Spezialfläche mit geschobenem Borstentisch), drücken Sie die Gummiball nach allen Seiten, auch von unten nach oben, indem Sie erst jetzt die Bürste in Wasser und spülen Sie mit Wasser-Zahnbleich unter Gurgeln gründlich nach. Der Erfolg wird Sie überraschen! Der misshandelte Zahnelaue wird verwunden und ein herrliches Gebiß der Frische steht zurück. Gehen Sie sich vor misshandelten, blühigen Verkömmerungen und sezierten Sie...
J. K. K. Oberzahn-Zahnbleich. Unter-Vorteilsgesellschaft.

Neu erschienen: **Das neue Potpourri 1932**
Zum Mitsingen! Für jede Gesellschaft!
SCHLAGER-PARADE
mit den z. Zt. bekanntesten Tonfilm- und Tanzschlagern

1. Das Blumenmädchen von Neapel, Tangolied.
2. Eins, zwei, drei — die ganze Kompagnie, Marschfox a. d. Tonfilm „Reserve hat Ruh“.
3. Denk dabel an mich, Tango a. d. Tonfilm „Reserve hat Ruh“.
4. Bitte, bitte denk an mich, Foxtrot a. d. Tonfilm „Weekend im Paradies“.
5. Lola, Dein spanisches Feuer, (Mama yo quiero un novio) Tangolied.
6. Streichholz-Wachtparade, Fox-Intermezzo
7. Ich weiß nicht, wie ich Dir's sagen soll, Slow-Fox a. d. Tonfilm „Meln Leopold“.
8. In meiner Laube, Foxtrot a. d. Tonfilm „Der Herr Bürovorsteher“ (Konto X).
9. Sag mir Darling, sag mir Liebling, sag mir Du, Waltz.
10. Manuela, (Schenk mir einen Tango, Manuela) Tango.
11. Wenn Dich niemand liebt, Waltz.
12. In meinem grünen Garten, Foxtrot.
13. Spanischer Zigeunerlied, (Espana can!) Foxtrot.

Zusammenstellung von Billy Golwyn
Ausgabe für Klavier mit überl. Text... RM 2.—
Texte zum Mitsingen: 100 Stück RM 1.80, 1000 Stück RM 13.50

Zu beziehen durch jede Musikalien-, Instrumenten- und Buchhandlung, oder wenn nicht erhältlich, direkt von ANTON J. BENJAMIN, A.-G., ABTEILUNG SORTIMENT, LEIPZIG C. 1, FAHRENWEG 10
POSTSCHKER-KONTO: LEIPZIG 6243

Handkahn
zu kaufen gefügt
H. & F. Schneider, Nebra/11.

GESCHAFTS BÜCHER

J. KÖNIG-EBHARDT
DESIGNERBÜCHERFABRIK
HANNOVER
und anderer bekannter Firmen liefert

Buchhandlg. W. Sauer
Roßleben

Inserieren bringt Gewinn

Tausende von Menschen
bedürfen ihrer gefunden, tiefen Schlaf und ihre gefährlichsten Nerven unteren

Baldravin

1. Fl. 9.90 2.25
1/2 Fl. 9.90 4.—
3/4 Fl. 9.90 6.75
Sie haben:
in allen Apotheken.

Nebrer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.—RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Nohleben.
Druck- und Verlagsadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Nohleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Nohleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenzeit 30 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtparitätä Nebra — Bantverein Nebra.

Nr 34

Sonnabend, den 19. März 1932.

45. Jahrgang

Polizeiaktion gegen NSDAP

Eine Erklärung des preussischen Innenministeriums.

Berlin, 18. März.
Der preussische Minister des Innern teilt mit: Die polizeilichen Feststellungen im Gesamtgebiet des Freistaats Preußen haben ergeben, daß am Wahltage die sogenannten SA-Formationen der NSDAP in Alarmbereitschaft standen. Die Anordnung dieser Maßnahmen war von der Ministerial-Befehlsstelle ergangen. Die polizeilichen Feststellungen der Polizei in fast allen Bezirken des preussischen Ostens und Nordens lassen Zweifel darüber aufkommen, daß „Sparten“ in den Vorbereitungen lag und mit dem Temperament einzelner örtlicher Führer nicht erfüllt werden kann. Sie waren auch nicht erst am Tage der Wahlbereitschaft angeordnet, sondern schon vor längerer Zeit getroffen.

Im Kreise Oldenburg in Holfstein
12. März. Die Angehörigen der SA, aufgegeben worden, sich am 12. März für längere Zeit mit Revolvier zu versehen. Der Grund für diese Anordnung war die Absicht, die SA-Leute auf Kraftwagen nach Berlin zu transportieren. In die gleiche Richtung weisen die Feststellungen in Mandfeld.

Im Kreise Süd-Brandenburg (Schlesien)
ein SA-Führer in einer vertraulichen Führerbesprechung gemacht hat. Dieser Führer wies auf die Notwendigkeit (heimlicher) Auffstellung von SA-Reserven hin, da ja die aktive SA vom Lande fortgezogen werden müßte.

Dem die aktive SA müßte den zur Nacht gekommenen Führer in den Gefängnissen antretfen, da dort die Polizeikräfte nicht ausreichen. Die aktive SA würde für die Tätigkeit Genese aus den Beständen der Polizei erhalten!

Gleichzeitig mit dieser planmäßigen Zusammenziehung der SA geht die verstärkte unterirdische Arbeit in der laandlichen Polizei, um diese in ihrer versaffungstretuen Haltung wachsam zu machen. In Berlin sind die Polizeiangehörigen wurden, forderte die NSDAP die Polizeibeamten auf, mehr Gumnäpffelpf noch Schuhwasfen gegen Nationalsozialisten oder SA-Leute anzuwenden.

In trafen Widerpruch zu der vom Führer der NSDAP, logar beschworenen Verleugnung aller Gewaltpläne stehen auch die gerade in den letzten Tagen bei Angehörigen der SA gemachten

Waffenfunde.
Am 12. März 1932 ist ein nationalsozialistischer Waffentransport im Kreise Einbe d (Hannover) von der Polizei gefest worden. Auch im Kreise Salzwedel (Altmark) sind bei dem Ortsgruppenführer der NSDAP, Karabiner, Gewehrmunition und ein schweres M.-G. beschlagnahmt worden. In der Nacht vom 13. zum 14. 3. sind im Kreise Bitterfeld (Sachsen) verfassungswidrige Waffen bei SA-Leuten gefestget, denen die Polizei mehrere hundert Schußmunition und Wintgeräte abnahm.

Diese Feststellungen erfahren noch eine besondere Bedeutung durch Aufzeichnungen, die vor einigen Tagen bei Durchsuchungen in Berlin gefunden sind. Nach diesen Wäzen wurde eine Einheitskleidung Berlins durch vorher herausgegebene SA-Einheiten mit Unterstützung der im weiteren Umkreise von Berlin in der Provinz zusammengezogenen SA-Formationen vorbereitet und sorgsam betrieben. Auf die gleiche Absicht deutet auch ein Alarmbefehl der Standarte 149 der SA im Gauquart Ostmark (Schneidemühl) hin, der vor einigen Tagen der Polizei in die Hände fiel. Dieser Alarmbefehl ist sehr umfangreich und enthält genaue Anweisungen für den Alarmfall bei innerpolitischen Auseinandersetzungen. Es sind genau ausgearbeitete Waffennachrichtungspläne, wie sie ähnlich auch für andere SA-Gruppierungen vorliegen. Zum Transport sind Autos und Lastkraftwagen der Pz's zu benutzen, wo diese nicht ausreichen, sind Lastkraftwagen zu mieten oder zu requirieren. Viehbestände, Kartoffeln und Erbsen sind durch SA-Kommandos sicherzustellen. Bäderleien sind zur Wiederherstellung zu befehlen.

Die Waffen der Landesverteidigung sind von dem Sturmführer zu beschlagnahmen und beim Transport zum Alarmmeldeplatz mitzuführen, wo die Verteilung der Waffen an die SA-Leute erfolgt.

In den Untergrundsorten, die für die einzelnen Sturmbans genau festgelegt und verteilt werden, sollen die Gemeindevorsteher und Landräger durch Sonderkommandos festgelegt.

Die Fernsprechanlagen und Telefone befestigt und sämtliche Linien und Wählapparate durch Wachen gesichert werden. Selbstverständlich wird auch hier wieder das Vorgehen mit einem gewissen Umfuge durch Kommunisten und Reichsbanner getarnt. Trotzdem wird zugegeben, daß die SA nicht dazu da ist, die bestehende Ordnung zu schützen. Im Gegenteil, es heißt wörtlich:

„Se mehr die politischen Gegner sich gegenseitig verbluten, desto besser für uns. Jede Schwächung der Gegner — also auch in diesem Falle der SA — ist eine Stärkung der NSDAP.“

„Auch in der Hydenamannstraße, im Gaubüro der NSDAP, Berlin, sind Alarmbefehle gefunden worden, die, wie sich aus dem Text einwandfrei ergibt, für den ersten Wahltag der Reichspräsidentenwahl vorgelesen waren und auf eine Fernleitung von Groß-Berlin abzielten.“

„Aus all diesen Anordnungen, Befehlen und genau ausgearbeiteten Plänen wird man folgern müssen, daß eine große Anzahl der in den SA und SS organisierten Mitglieder von dem Ernst der Absicht der Leitung überzeugt sein mußten, in der Zeit der Präsidentenwahl auch mit Gewaltmitteln vorzugehen.“

„Ein Rundschreiben vom Februar d. J. des Inspektors der Motorfahrzeuge und -flüssen der NSDAP aus München gibt die Richtlinien und eine genau ausgearbeitete Karte für Reichsrelais, das durch Kraftwagen und Motorräder von Nord- und Mitteldeutschland bis nach München zu organisieren ist. Diese Reichsrelais und die dafür ausgegebenen Richtlinien treten in Kraft, wenn das ausgegebene Schwört mitgeteilt wird. Das letzte Schwört hieß:

„Großmutter geflorben Mar.“

Auf dieses Schwört hin sollten alle die erlassenen Kriegs- und Alarmvorschriften in Kraft treten!!

Alle diese Vorbereitungen haben mit Politik, mit staatspolitischer Erziehung oder weltanschaulicher Beeinflussung der NSDAP-Anhänger nicht das geringste mehr zu tun. Das sind lediglich Vorbereitungen und Rüstungen für den Bürgerkrieg, die von dem Vordane, nur für Unruhe und kommunistischer Seite zu gelten, nicht gebet werden. Sie sind ein schiefes Spiel mit dem Feuer, dem die preussische Staatsregierung nicht länger zusehen wird. Die preussische Regierung ist ebenfalls zu gefahr, schonend hinweg eine Armee anstellen zu lassen, die nicht nur auf eine Verabminderung der Staatsanwaltschaft herauszuf, sondern auch ein jäändiges Element des Verfassungsbruch sein muß.

„Herausforderungen in ganz Preußen.“

Auf Anweisung des preussischen Innenministers fanden in ganz Preußen Ausbildungen bei den Geschäftsstellen der NSDAP durch die Polizeibehörden statt. Anlaß zu dieser Maßnahme gab nach Ansicht von zuständigen Stellen die Vermutung, daß von den Geschäftsstellen der NSDAP Handlungen vorbereitet wurden, die mit den Gesetzen nicht in Einklang zu bringen lind Ueber Menge und Art des beschlagnahmten Materials ist vorläufig nichts Bestimmtes zu erfahren.

„Was die NSDAP dazu sagt.“

München, 18. März.
Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei erklärt schon jetzt, daß sie alle nur möglichen verfassungsmäßigen Maßnahmen sowie die Verwaltungs- und Verfassungslage angeht, um dem unerwünschten Vorgehen des preussischen Innenministers entgegenzutreten, das geeignet ist, die von der NSDAP in vorbildlicher Weise gehaltene Ruhe und Ordnung zu gefährden und fäustliche Anrufestimmung in der Reichswehr zu hervorzurufen, wo sie ohne die Maßnahmen der preussischen Polizei nicht vorhanden ist.

Auch im Reichsinnenministerium wurde eine nationalsozialistische Seite sofort maßvoller Protest gegen das verfassungswidrige Verhalten der Berliner Polizei eingeleitet und das sofortige Eingreifen des Ministers Groener gefordert.

München, 18. März.
Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP veröffentlichte eine weitere Erklärung zu den preussischen Polizeimaßnahmen. Darin heißt es u. a.:

„Das Vorgehen der preussischen Staatsregierung gegen die NSDAP ist ein neuer Verstoß, ein Verstoß gegen eine organisatorische Vernichtung der NSDAP und ihrer Einrichtungen, die SA, SS, Hitler-Jugend usw., zu erreichen, unter der Behauptung, daß die NSDAP auf gewalttätige Weise sich die politischen Kampfmittel im Staate erlärmpfen wolle. Die Reichsleitung der NSDAP erklärt, daß die Verstoß ebenso wie alle bisher unternommenen an der absolut unbedingten und organisatorisch einwandfrei gesicherten Gelegentlichkeit des Vorgehens der Führer der NSDAP scheitern wird.“

„Abol Hitler und sämtliche Führer und Unterführer der NSDAP müßen für ein organisatorisch verantwortliches Stelle stehen. Sie können nicht werden und werden das politische Ziel der NSDAP auf vollkommen verfassungsmäßigem Wege erreichen.“

„Unsere Gegner organisieren jetzt unter geradezu lächerlichen, von ihnen selbst konstruierten Vorwänden, auf die im einzelnen noch heute geantwortet werden wird, ein groß angelegtes Verstreuen gegen die NSDAP, ihre Führer und Gliederungen. Die Gesamtplanung der Absicht der NSDAP ist in vollem Umfange einer der Vorwände, auf die gestützt, man glaubt, mechanische Maßnahmen gegen die NSDAP noch durchführen zu können.“

„GND gegen Ainauffegung des Wahlalters.“

Zur Frage der Ainauffegung des Wahlalters in Preußen verläuft, daß die sozialdemokratische Fraktion gegen den Gesetzentwurf der Reichstagspartei stimmen würde, wenn dieser im Landtag zur Verhandlung kommen sollte.

„Damit wird mitgeteilt: Auf Anregung der Oberbehörden der evangelischen und der katholischen Kirche hat der Reichspräsident eine Verordnung erlassen, durch die, ähnlich wie es für die Wehrmacht durch die Verordnung vom 8. Dezember 1931 gegeben ist, auch für die Dienstzeit das innerpolitische Leben befestigt werden soll.“

„In der Zeit vom Palmsonntag bis zum Weifen Sonntag mittags 12 Uhr dürfen keine öffentlichen politischen Versammlungen und keine politischen Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel stattfinden. Für die gleiche Zeit ist jede Art der öffentlichen Verteilung von Plakaten, Flugblättern und Flugzetteln politischen Inhalts verboten. Die Reichsregierung ist nicht gewillt, die in den letzten Wochen beobachtete maßlose Verhehung durch Flugblätter, die in den Häusern verteilt worden sind, noch weiter zu dulden.“

„Nach den bisher geltenden Vorschriften der Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausrichtungen vom 28. März d. J. brauchen nur solche Plakate und Flugblätter politischen Inhalts der Polizei zur vorigen Kenntnis mitgeteilt werden, die an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen angebracht, ausgestellt, verbreitet oder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.“

„Nunmehr ist diese Vorschrift dahin ergänzt worden, daß die Vorlage-gspflicht auf alle Plakate und Flugblätter politischen Inhalts angewandt wird, die in irgendeiner Art, also auch durch Verteilung in den Häusern, öffentlich verbreitet werden.“

„Unterredung Bosses mit Tardieu.“

Genf, 18. März.
Ministerialdirektor Boss hat in einer einseitig abhängigen Unterredung dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu noch einmal den deutschen Standpunkt zur französischen Deonauplan ausführlich vorgelegt. Die Reichsregierung hält weiter daran fest, daß in baldigen Verhandlungen zwischen den vier europäischen Großmächten die noch bestehenden Gegensätze überwinden und erst dann die Deonau-Pläne gemeinsam mit den fünf Donauanfällen erörtert werden. Tardieu hat mit großer Offenheit betont, daß die französische Regierung der Frage der Finanzhilfe einbindende Bedeutung beilege und „aus Frankreich für eine Finanzunterstützung dieser Staaten im Hinblick auf seinen Kapitalmarkt in Frage komme“.

Die französische Regierung wünsche, daß die Frage der Vorkurszölle allein innerhalb der fünf Donauanfälle geregelt werde. Sie sei jedoch bereit, in der nächsten Zeit in unmittelbare Verhandlungen mit den vier europäischen Großmächten einzutreten.

„Deutsche Tageschau.“

März.
5. März haben sich um 17,5 Millionen abstimmend ein Wahlstand an dem auf 141,7 Millionen eingetragene, und zwar bedeutend mit 24,8 abert geliebten.

auf den 26. Juni der bestehenden nicht allzu sehr für die Elternbeiräten, das den Bes gelende. Doch die nicht die Absicht der Ansicht, im Ganzen bedürft

verhandeln.
preussische Kulturbürocrat hat in den Reichstagsminister Grimme

anlag.
lages ereignete sich der Beamten ein

sozialdemokratische Abgeordnete wechselten bestehende Zweigvereine, die schließlich damit erdeten, daß ein sozialdemokratischer und ein nationalsozialistischer Abgeordneter aufeinander zugeht. Es wäre zweifellos zu einer Schöpfung gekommen, wenn die Streikenden nicht von anderen Abgeordneten getrennt worden wären. Die Sitzung wurde wegen des Timouts unterbrochen.

„Auslands-Rundschau.“

„Das deutsch-italienische Handelsabkommen.“
Der Minister hat das Aufgabekommissionen zum deutsch-italienischen Handels- und Schiffsvertrage vom 3. März 1932, ferner

